Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 16 (1936-1937)

Heft: 3

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Binsenweisheit ist. Die Versassung ist heilig, an die soll man nicht rühren. Leider ist sie aber veraltet und entbehrt der Schmiegsamkeit. Und der mutige Präsident war drauf und dran, diese heilige Versassung ein dischen nach modernem Muster umzumodeln: der Oberste Gerichtshof sollte dem Präsidenten nicht mehr so leicht widersprechen können. Ob die Herren Vichter dies erkannten und sich davon beeinflussen ließen? Das weiß niemand und wird wohl auch niemals bekannt werden. Aber durch seine Entsicheidung hat der Oberste Gerichtshof die Versassungsänderung verschoben. Sie wird doch kommen; es ist nur eine Frage der Zeit, aber für diesmal kan man noch glücklich um die so gefährlichen Klippen herum.

Die Erhaltung der TVA ist von ganz außerordentlicher Wichtigkeit: das Tennessee-Tal behält seinen wirtschaftlichen Ausschwung bei, die Wähslerschaft ist auf das stärkste zu Gunsten Roosevelts beeinflußt worden, und die Verfassungskrise wurde hinausgeschoben. Möchte das große Amerika in seinem Präsidenten einen großen Führer haben. "Gelingen mir meine Pläne, so werde ich Amerikas erster Präsident sein," erklärte Roosevelt bei seinem Regierungsantritt. "Und wenn sie nicht gelingen?", fragte einer, "dann sein letzter," war die lächelnde Antwort.

Politische Rundschau

Erklärungen Bundesrat Mottas.

Der Chef des Eidgenössischen Politischen Departements, Herr Bundesrat Motta, hatte die Freundlichkeit, uns Erklärungen abzugeben über die wichtigsten außenpolitischen Probleme, soweit sie direkt oder indirekt die Schweiz betreffen.

Was die kommende Tagung des Bölkerbund des betrifft, so erklärte der Minister, daß mit einem Antrag Englands auf Auschebung der Sanktionen gegen Jtalien als wahrscheinlich zu rechnen sei. Sollte ein solcher Antrag wider Erwarten nicht gestellt werden, so wäre es nicht unmöglich, daß die Schweiz die Initiative in dieser Richtung ergreisen würde, nachdem die Sanktionen heute nicht nur ihren Sinn verloren hätten, sondern außerdem der Schweiz wirtschaftlichen Schaden zusügen und unsere Beziehungen zu Italien belasteten. Herr Bundesrat Motta bezeichnete es serner als wenig wahrscheinlich, daß Italien über die Aufshebung der Sanktionen hinaus weitere Forderungen stellen werde, wie z. B. die Anerkennung der italienischen Herrschaft über Athiopien und die Zurücknahme der durch den Bölkerdund im Herbst 1935 erfolgten Berurteilung. Dagegen werde man sich mit der geschaffenen Tatsache de facto absinden müssen, und man könne sagen, daß es den Athiopiern unter der italienischen Herrschaft bestimmt besser gehen werde, als unter der Herrschaft der Rasi.

Italien wird nunmehr auf eine lange Zeit mit dem Aufbau seines ostafristanischen Imperiums beschäftigt sein. Unser Berhältnis zu Italien ist gut. Auch die neuesten irredentistischen Borst öße der Dante Allighieri-Gesellschaft sind, ebenso wie die früheren, anläßlich unserer Intervention von Mussolini scharf

verurteilt worden. Der Minister verweist in diesem Zusammenhang auf den gestrigen Leitartikel des "Corriere della Sera", wo diese Bergistungen der Atmosphäre ebenssalls klar abgelehnt werden. Es erscheine übrigens unlogisch, daß Italien einerseits sich dem Anschluß Österreichs an Deutschland widersetze, der Schweiz gegenüber aber eine völlig entgegengesetze Politik vertreten sollte. Italien habe am meisten Intersesse an dem Bestand der Schweiz.

Auch von unseren andern Nachbarn haben wir nichts zu besürchten. Der Minister verweist auf die kategorischen Erklärungen, die ihm Dr. Goebbels anläßlich jener Unterredung in Genf abgegeben hat, wonach kein Mensch in Deutschland daran denke, die Schweiz aufzulösen. Dies gelte auch noch heute, obwohl sich die Beziehungen zu Deutschland nicht verbessert hätten. Unsere Presse, und nicht nur die der Linken, sei oft zu aggressiv, aber der Bundesrat besitze leider über die bestehenden gesetlichen Bestimmungen hinaus keine Handhabe, um gegen diese überstriebene Polemik vorzugehen.

Die Frage der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Rußland ist nun vorerst erledigt. Sie wird sich aber wieder stellen. Die Tatsache, daß Rußland heute das Bedürfnis empfand, sich eine neue Berfassung zu geben, erscheint als ein Zeichen innerer Wandlung, die immer weitere Fortschritte macht. Voraussehung einer Anerkennung durch die Schweiz ist aber die Trennung der russischen Regierungspolitik von der Politik der 3. Internationale.

Was unsers Stellung im Bölkerbund betrifft, so ist der Augensblick gekommen, diese nunmehr abzuklären, insbesondere in Bezug auf die Ausslegung der Londoner Erklärung in Verbindung mit Art. 16 des Paktes. Es werden voraussichtlich wieder Versuche zur Revision des Paktes unternommen werden, doch darf man sich nicht darüber täuschen, daß eine Revision große Schwierigkeiten bietet. Bis heute ist es deshalb auch nie dazu gekommen. Soll Art. 16 des Paktes noch weiter bestehen? Das Idol der kollektiven Sicherheit wird von Vielen angehetet, die nicht wissen, was es bedeuten soll. Kommt es zur Aushebung dieses Artikels, so wäre unsere Lage völlig gewandelt. Im weiteren muß alles getan werden, daß Deutschland wieder in den Völkerbund zurücklehrt.

Auf unsere Frage, ob der Bundesrat bereit sei, Schritte zur Herstellung unserer wirtschaftlichen Neutralität zu tun, antwortete der Minister, daß die Schweiz in dem Ausschuß der Bölkerbundsversammlung, der bereits im letzen Herbst tagte und der anläßlich der Versammlung im Juni zusammentreten werde, auf eine Klarstellung der Situation drängen werde. Es müsse verhindert werden, daß wir wieder in eine Lage kommen, wie im Herbst 1935, wo wir eine dissigle Probe zu bestehen hatten.

Was den Pressekonflikt mit Deutschland betrifft, so äußerte sich Herr Bundesrat Motta dahin, daß unsere Presse nicht verlangen könne, in Deutschland einen Einfluß auszuüben, der der deutschen Presse selbst versagt sei. Es hätten schon wiederholt Berhandlungen zur Beilegung des Konfliktes stattgefunden, die aber bisher gescheitert seien, zum Teil an der Weigerung der deutschen Regierung, auch nur individuelle Abonnements für die in Deutschland sebenden Schweizer zuzuslassen. Sobald aber, wie er hoffe, einmal die wirtschaftlichen Fragen mit Deutschsland bereinigt sein werden, müsse auch die Lösung der politischen Fragen in Ansgriff genommen werden.

* *

Aus diesen Erklärungen, die alle wesentlichen Punkte unserer Außenpolitik berühren, ist insbesondere die Bereitschaft hervorzuheben, gegebenenfalls in Genfschweizerischerseits die Initiative auf Aushebung der Sanktionen zu ergreisen, ein Borgehen, das, wenn es auch angesichts der englischen Schwenkung kaum praktisch werden dürfte, auf eine aktivere Politik in Bezug auf unsere Stellung im Bölkerbund schließen läßt — aktiver aber nicht im Sinne

des Bundes, dagegen — und das ist erfreulich — in der Richtung auf eine entschlossenere Wahrung der schweizerischen Interessen. In diese Richtung weist aber nun insbesondere auch die kategorische Erklärung des Ministers, daß eine Wiedersholung der Lage vom letzten Herbit verhindert werden müsse. Man darf daraus gespannt sein, was unsere Delegation in der kommenden Session der Bölkerbundssversammlung in dieser Richtung vorkehren wird. Eines ist gewiß — die Stimmung ist heute, speziell unter vielen Parlamentariern, derart, daß in dieser Richtung et was geschehen muß. Es handelt sich heute nur noch darum, wer die Initiative ergreist. Nach den Erklärungen des Herrn Motta ist zu hossen, daß der Bundesrat die Interessen der Schweiz auf Klarstellung entschlossen vertreten wird. Wäre indessen ein Ersolg aus diesem oder jenem Grunde nicht zu erreichen, so dürste aus dem Bolke selbst heraus der Weg gebahnt werden.

Wehrfragen / Wirtschaftssorgen.

An einem strahlenden Nachmittag der vergangenen Woche bewegte sich unter ben Trauerklängen einer berittenen Militarmujit und begleitet von den dumpfen Schlägen der Trommeln der Leichenzug durch die schweigenden Strafen der Bundesstadt, in beisen Mitte ber tote Generalstabschef auf einer Laffette geführt wurde. Eine schweigend-ergriffene Menge umsäumte an diesem sonnigen Tag die Straßen und an allen Fenstern sah man bewegte Gesichter. Dem Sarge zur Seite schritten als treue Begleiter die höchsten Offiziere unserer Armee und ein unübersehbar langer Zug von Teilnehmenden folgte ihnen. War es richtig beobachtet oder nur, angesichts ber Umstände, suggestiv vermutet, wenn der Beschauer den Eindruck gewinnen konnte, als prägten sich die Mienen unserer obersten Führer an diesem Tage in einem Ernst, der sich aus dem traurigen Anlag allein nicht in seiner vollen Bedeutung erklären ließ? Aber freilich: man hörte in diesen Tagen in maßgebenden Rreisen der Bundesstadt, vor allem auch im Parlament, soviele Worte des Ernstes und der Bedenklichkeit im Bezug auf unsere Lage, daß sich dieser Eindruck gewissermaßen unwillfürlich zu Beobachtungen verdichten konnte, beren realer Sintergrund sich vielleicht zu sehr auf eine Atmosphäre übertrug, die in sich selbst schon ernste und bedenkende Gefühle barg.

Der Berluft, den unsere Urmee durch den Tod Roost's erlitten hat, ist Gegenstand einer Burdigung aus maggebender Jeder an der Spige bieses Bestes. Rlar ift jedenfalls für jeden, der sich bemüht, die Umstände unserer politischen Lage in Europa zu erkennen, daß eine ernstliche Schwächung unseres ohnehin nicht aahlreichen Kührerkorps heute eine schwerere Belastung bedeutet, als vielleicht noch vor einigen Jahren. Immer mehr zeigt es sich, daß unsere Wehrbereitschaft in materieller und moralischer Beziehung heute unsere erste, unsere schärfste, aber auch unsere besorgte Aufmertsamteit verdient. Es scheint, als vermindere sich täglich das politische Gewicht unserer Neutralität und zwar keineswegs etwa nur durch jene bekannte teilweise Selbstaufgabe dieses ersten Grundsates unserer politischen Beziehungen nach außen, also gar nicht nur burch eigene Schuld: aus verschiedenen Umständen fonnte jeder im Laufe der letten Monate erkennen, daß schriftliche und garantierte Zusagen, sowohl in Genf, Rom, Paris, aber auch Berlin an Rurswert gang erheblich einbugten, sodaß über ihre Entwicklung an den politischen Börsen wohl taum mehr große positive Wetten abgeschlossen werden dürften. Die Wolken, die unsere Zukunft wie eine dichte ichwarze Schar begleiten und uns anscheinend nicht mehr zu verlassen gedenken, muffen auf jede kleinste Bewegung beobachtet werden. Und daneben bleibt uns nichts anderes übrig, als die militärische Bereitschaft unseres Landes direft zu forcieren, damit der Anschluß nicht verpaßt wird: schwere Aufgaben für die Leitung unseres politischen Departements und ber Militärbehörde zugleich - bedauerlich, daß diese gerade jest durch die Erfrankung von Bundesrat Minger

geschwächt ist. Daneben wäre vielleicht noch einiges zu sagen über die Notwensbigkeit der wirtschaftlichen Landesverteidigung, die völlig vergessen scheint; in biesem Zusammenhang ist indessen vielleicht die Stellvertretung in der Leitung des Militärdepartements durch Bundesrat Obrecht, den staatlichen Wirtschaftsstührer, bedeutsam.

Gewisse Tatsachen unserer politischen Lage in Europa sind nun, so sollte man meinen, nachgerabe berart handgreiflich geworben, daß auch ber sturste und hartnäckigite Bazifistenanhänger ben Rank finden follte. Im Grunde allerdings ist die Opposition gegen unsere Behrbereitschaft von dieser Seite kaum mehr mertbar und über die wenigen Unentwegten fann man getroft zur Tagesordnung übergehen. Weit gefährlicher ist heute nicht die absolute Negation unserer L a n d e s= verteidigung, sondern vielmehr der konsequente Bersuch, diesen Hauptgrunds satz jeder staatlichen Existenz mit politischen Reilen zu durchseten und bamit entscheidend zu schwächen. Denn im Augenblick, wo eine große Partei, die früher der Landesverteidigung völlig ablehnend gegenüber stand, den Bersuch zur Schwenfung endlich unternahm, bemächtigten sich zugleich politische Fanatiker, Birrföpfe und üble Demagogen führender Stellen ihrer Bubligiftik. Ihr Beftreben war, den Grundsatz der Landesverteidigung mit genau soviel politischer Einseitigkeit und antifaschistischer Demagogie zu belasten, bis davon effektiv nichts mehr übrig blieb. Gin billiges Manöver! Doch hat die Partei selbst nicht die nötige taktische Geschliffenheit besessen, um dieses Blendwerk bis zu Ende zu spielen. Ihre innere Gesinnung liegt heute, und bas ift erfreulich, klarer gu Tage, als seit langem.

* *

Wie weit man politische Geschmacklosigkeiten treiben kann — um nicht mehr zu sagen — möge eine Bemerkung des "Bolksrecht" erweisen. Die Zeitung versmerkt, daß auch der vielangesochtene Haupt mann Hausamann sich unter jenen zahllosen Menschen befunden habe, die an diesem Tage schweigend und ersgriffen ihrem verstorbenen militärischen Führer das Geleit gaben. Der Komsmentar, den das Blatt an diese nun wirklich weiter nicht zu kommentierende Tatsache anslicht, möge dem Leser nicht vorenthalten werden:

"Hauptmann Hausamann", so heißt es dort, "sand es für schicklich, sich unter die Offiziere zu mischen und damit einen unangenehmen gesellschaftlichen Mißton hineinzutragen."

Man muß nachgerade wirklich staunen, wie niedrig eine gewisse Fournalistik zu empfinden vermag.

Leider war allerdings auch die Erledigung dieses Falles Hausamann im Nationalrat nicht so, wie man es, angesichts der Berdienste dieses Offiziers, hätte erwarten dürsen. Mag sein, daß Bundesrat Minger schon damals nicht mehr ganz auf der Höhe war — jedenfalls wurde sast völlig übersehen, daß nicht Haussamann an dem Borsall die wesentliche Schuld trug, sondern jene kommun ist is schen und hatten, als den Brief in alle Welt hinauszutragen. Die derechtigte Erregung, die, anscheinend unter dem Eindruck von Meldungen aus dem Ausland, sich dieses verdienten Offiziers besmächtigt hatte, gab Beranlassung zu einem Schritt, der in der Form eines hektosgraphierten Zirkulars wahrscheinlich besser unterblieden wäre — aber die Behandslung, die ungesühnt diesem Offizier im Parlament zuteil werden konnte, und dazu unter den Augen der leitenden politischen Stelle, ist un ver ständ lich für jeden, dem die großen Verdienste Hausamanns auch nur teilweise bekannt sind — die sozialistischen und kommunistischen Angrisse hätten wahrlich eine schärsere Zusrückweisung verdient.

Bielleicht hätte der Chef des Militärdepartements seinen Schild entschlossener über den Angegriffenen gehalten, wäre damals schon bekannt gewesen, was man

heute in völliger und einwandfreier Klarheit erkennen kann: daß nämlich die sogenannte Wandlung der so zialde mokratischen Partei der Schweiz und ihr Bekenntnis zur Landesverteidigung nichts anderes gewesen ist, als ein einziger und ungeheurer Bluff. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die Mehrheit der nationalrätlichen Fraktion schließlich doch ihre Stimme zugunsten der Wehrvorlage abgegeben hat. Es ist klar, daß die Leute, die sich in den Wochen vorher schon recht gouvernemental gebärdet hatten und von denen sich der eine oder andere im Geiste bereits auf dem weichen Polster eines Bundesratzssessessessichlt haben mag — oder wenigstens als wohlbestalltes Mitglied der Völskerbundsdelegation — nun nicht plöglich verleugnen konnten, was sie vordem ansgebetet hatten. Aber der politische Effekt ist im Wesentlichen ausgeblieben, nachdem sich gezeigt hat, daß diese Leute ungefähr die Rolle spielen, die seinerzeit die sogenannten Altsozialisten in Sachsen kreierten, nämlich die Rolle sogenannter Führer, hinter denen die Massen vergeblich zu suchen sind.

Der Entscheid des sozialde mokratischen Parteitages in Zürich, ber die Wehrvorlage mit 263 gegen 256 Stimmen verwarf, und zwar verwarf entgegen ben Antragen fast aller sogenannter Ropfe ber Partei, ist bei naberem Zusehen weder überraschend gekommen, noch kann er irgendwie Erstaunen erregen. Beinahe 20 Sahre lang hat sich nun die Sozialbemokratie konsequent und mit einer Unerbittlichkeit ben bescheidensten Ersorbernissen für die Landesverteidi= gung entgegengestellt, die in keinem anderen Lande auch nur entsernt möglich gewesen ware. Budem wurde nichts unterlassen, um sozusagen täglich den Gedanfen der wehrhaften Schweig mit Rugen gu treten und die Parteipresse gefiel sich während all dieser Jahre und noch bis vor furzem erst in einer fast täglichen Beschimpfung der Armee und ihres Ehrenkleides. Nun hämmert man aber seinen Anhängern nicht umsonst täglich Gebanken ein, die man sozusagen zum Hauptprinzip ber Politik überhaupt erhebt, um bann in Staunen zu verfallen, wenn jich die Konsequenz nicht in kurzer Zeit abwenden läßt. Man erinnert sich noch der Drehungen und Windungen der Parteiführung am Lugerner Parteitag, als beren Ergebnis schließlich ein Bekenntnis zur Landesverteibigung zu Tage trat, das man als solches vor lauter Berklausulierungen überhaupt nicht mehr erkennen konnte. Die Zustimmung zu jener Resolution mare auch bestimmt nicht erfolgt, hätte sie nicht soviele antisaschistische Schnörkel erhalten, daß aus der Umrahmung ichließlich jo ungefähr die Hauptsache geworden war. So tam es, daß bas Bekenntnis von Lugern eigentlich keineswegs ein Bekenntnis zur Landesverteidi= gung war — benn die Landesverteidigung kann man nicht differenzieren —, sonbern eine Rriegserklärung an ben nördlichen und sudlichen Faschismus, die bem roten Herzen natürlich sehr wohl tat.

Die Parteisührung hat damals offendar geglaubt, zwei Fliegen auf einen Schlag gesangen zu haben. Denn der innere Zweck, den die Führung mit jener Resolution versolgte, war das langsame Einschmusen in die Bereiche, wo man beginnt, gouvernemental zu werden, und wo einem schließlich doch einmal ein Ministersessel anlächeln könnte. Dieses löbliche Streben begegnete von gewisser dürgerlicher Seite nicht wenig Sympathie und vielleicht wäre der Streich in abssehdarer Zeit gelungen, hätte nicht die Entwicklung der politischen Lage die Partei mit einer Beschleunigung, die man natürlich in Luzern nicht ahnte, eines Tages vor die äußerst peinliche Probe aufs Exempel gestellt. Und in dem Augenblick, wo das Problem mit Mitteln der politischen Geschäftstaktik nicht mehr zu meistern war, siel der Schleier von jenem tönernen Kunstwerk, das sich nun in herrlicher Nacktheit dem Beschauer vorstellt.

Die Bebeutung des Zürcher Entscheides liegt also in der doppelten Feststellung, daß einmal die Masse barteivolkes die Landesverteidigung nach wie vor ablehnt, sobald es ernst gilt und zum andern, daß der gouvernementale Traum. der sozialdemokratischen Führerschaft für eine geraume Zeit ausgeträumt ist. Es ist

bezeichnend, daß selbst alle antisaschistischen Töne, die der Masse auf dem Parteistag vorgetragen wurden, nichts ausrichten konnten, obwohl sie mit selkener Einsbeutigkeit erklangen. So wurde auch von Besürwortern der Behrvorlage unumswunden erklärt, daß sich die Zustimmung nur angesichts des Vorbehaltes ergäbe, wonach eine Kriegsührung der Schweiz — gleichgültig, wer sie angreise — übershaupt nur gegen die saschistischen Staaten in Betracht kommen könne. Aber auch dies hat nicht mehr versangen und so ist denn heute der politische Wille der sozialdemokratischen Partei in einer Klarheit sessessellt, die nur befriedigen kann.

* *

Nachdem diese Rlarheit nunmehr in einer entscheibenden Frage erreicht ist, wird es niemanden mehr überraschen, wenn die Partei in den kommenden Monaten aus Gründen, die nicht nur in der Wirtschaftspolitik liegen, sondern minbestens ebenso in den antifaschistischen Arcis gehören, sich mehr und mehr mit den Bestrebungen des front populaire solidarisieren wird. Boraussichtlich durfte das Regiment der sozialistisch-kommunistischen Roalition in Frankreich nicht so schnell abgeschlossen werden, wie manche Leute vielleicht glauben: Frankreich hat ichließlich auch heute noch fehr erhebliche finanzielle und wirtschaftliche Kraftreserven, bei beren geschickter Ausnützung ein vorläufiger Erfolg Léon Blums gar nicht ausgeschlossen ift. Der auf die Dauer allerdings unvermeidliche Gegenstoß ift für die nächste Zeit nicht zu erwarten, und auch in der Schweiz wird man sich in den nächsten Monaten auf verschiedene Borstöße gefaßt machen mussen, die parallel zu der von der französischen Koalition eingeschlagenen Politik laufen werden. Angesichts der immer deutlicher zu Tage tretenden Mißerfolge ber Deflationspolitit, wie fie bis heute in ber Schweiz betrieben wurde, die sich im Sinken der Löhne und teilweisen Steigen der Preise eklatant äußern, angesichts weiter ber unseligen Subventions- und Berbandspolitik, die eine Anpassung aus sich selbst verunmöglicht, erscheint es nicht als ausgeschlossen, daß die zu gewärtigenden sozialdemokratischen Vorstöße in Richtung Ariseninitiative (Arbeitsbeschaffung durch Areditinflation) erhebliche Unterstützung von bürgerlicher Seite erfahren werden, und zwar aus Kreisen, die am 2. Juni 1935 noch standhaft waren. Daß aus diesen Gründen und aus einer gewissen finangpolitischen Berbindung mit Frankreich die Gefahr der Abwertung der Bährung in einem Mage besteht, wie nicht zuvor, liegt auf ber Sand, wie benn auch ernst zu nehmende burgerliche Wirtschaftsfreise, die früher gegenüber einer Abwertung sich durchaus ablehnend verhielten, heute offen diese Magnahme als notwendiges übel bezeichnen.

Bern, am 17. Juni 1936.

Sann b. Sprecher.

Zur politischen Lage.

Eine neue Sowjet-Verfassung. / Wie wird der italienisch-abessinische Konflikt liquidiert? / Sichel und hammer in Frankreich.

Wenn sich die unter diesem Titel erscheinenden Bemerkungen zur besonderen Aufgabe machen, das Grundsätliche an den politischen Erscheinungen der Gegenswart zu beleuchten, so muß heute ganz gewiß das Augenmerk auf den Entwurf zu einer neuen Verfassung Sowietrußlands gerichtet werden. Man weiß ja: Im bolschewistischen Rußland hat erstmals seit langen Zeiten eine ganz bestimmte Staats und Wirtschaftstheorie ihre konsequente Auswirkung gesunden. So machtsvoll sich der Staat dort gestaltete, so hatte er doch kein geringeres Ziel als — sich selbst zum Verschwinden zu bringen. Lenin selbst schrieb ja: "Wir versolgen als Endziel die Beseitigung des Staates, d. h. einer jeden organisierten und systemas

tischen Gewalt, jeder Vergewaltigung des Menschen überhaupt ... Denn die Mensschen werden sich gewöhnen, die elementaren Regeln des gesellschaftlichen Lebensohne Vergewaltigung und Unterordnung innezuhalten." Stellt sich dieser Gesdankengang als naive Verkennung des Wesens von Mensch und Staat dar, so waren die Sowietgewalthaber andererseits doch Realisten genug, um wenigstens zunächst einmal den Staat und zwar gerade die Diktatur des Proletariates als notwendig zu erklären. Immerhin sollte man meinen, daß doch wenigstens nach und nach Staat und staatliche Ordnung in Rußland immer überslüssiger würden.

Wer nun aber den neuen Versassungsentwurf für Sowietrußland zur Hand bekommt — er ist am 12. Juni 1936 jüngsthin bereinigt der Regierung eingereicht worden —, steht jedoch nicht unter dem Eindruck, daß der russische Staat zu versichwinden sich anschieke. Im Gegenteil: Er fängt an, sich auf ein längeres Dasein einzurichten, indem er seine schmalen Fundamente neu unterfängt und zwar mit Bausteinen, welche sich auch anderwärts — ja sogar bei bürgerlichen Staaten — schon bewährt haben.

Als wesentlichste Neuerung darf da wohl angesprochen werden eine gewisse Anderung des Räteprinzips im parlamentarischen Sinne. Bekanntlich bildet das Ratespftem die typische neue Staatsinstitution, welche Sowietrugland hervorge= bracht hat: Regiert soll werden durch die aus den ständischen Wahlen der Arbeiterflasse hervorgegangenen "Räte", welche Gesetzebung und Berwaltung zugleich ausüben. Nun ist aber vorgesehen, und man wird es auch durchsehen, dem Rat der Bolkskommissäre, d. h. der eigentlichen diktatorischen Regierung, zwei parlamentarische Rammern — Unionsrat und Rat der Nationalitäten genannt — zur Seite zu stellen, die zusammen die Gesetgebung ausüben sollen. Beide Rammern gehen dabei nicht mehr aus beschränkten Bahlen der "Arbeiter, Bauern und Rotarmisten" hervor wie die bisherige Bolksvertretung, sondern schlechthin aus Wahlen aller Berktätigen. Das Typische dieser Umwälzung liegt einerseits in der Gewaltentrennung und andererseits in dem Bestreben, das Bolk mehr als bisher zur Mitsprache am Staate heranzuziehen. Man soll allerdings nicht glauben, daß damit etwa die Diktatur aus den Angeln gehoben werden jolle; es handelt sich vielmehr nur darum, dem im Bolte herrschenden Bedürfnis nach Anteilnahme und Aritik an den Staatsgeschäften etwas Raum zu gewähren. Aber bezeichnend für ben Weg, auf dem sich das rote Regime befindet, ist die Neuerung doch.

Eine andere ebenso merkwürdige Erscheinung der neuen Bersassung ist die Entwicklung persönlichen Eigentums. Nachdem zuerst in Rußland von nichts anderem die Rede sein konnte als vom Kollektiveigentum an den Produktionsmitteln, entswickelt sich auf Grund der gesammelten Ersahrungen allmählich doch wieder die Institution des persönlichen Eigentums. "Jeder Kollektivbauer", so heißt es in der Versassung, "hat zur persönlichen Nutung einen bescheidenen Hof und ein Gartengrundstück sowie in persönlichem Besitz eine zusätzliche Wirtschaft mit Garstenland, Wohnhaus, Zugvieh, Geslügel und landwirtschaftlichem Kleininventar. Der Boden der Kollektivwirtschaften wird den Kollektivbauern zu undefristeter Rutung zugeteilt". Praktisch bedeutet das nichts anderes als die Anerkennung eines — allerdings beschränkten — bäuerlichen Privateigentums an den Produktionssmitteln. Als Pendant dazu anerkennt man jetzt auch die private Kleinwirtschaft der Einzelbauern und Gewerbetreibenden, die auf persönlicher Arbeit beruht, also keine fremden Kräfte "ausnutzt".

Unsere Ausmerksamkeit wird ferner besonders durch das, was über die Arbeit gesagt wird, in Anspruch genommen. Nicht etwa, daß Sowietrußland sich etwa besreits anschieke, den Familienlohn bei sich einzusühren, aber es ist doch wenigstens auf dem Wege zu einer weniger schematischen und mehr den natürlichen Verhältsnissen Rechnung tragenden Bürdigung der Arbeit. Bei jedem Menschen soll die Arbeit seinen Fähigkeiten entsprechen; er hat "das Recht auf gesicherte Arbeit mit Entlöhnung gemäß ihrer Quantität und Qualität." Der Gedanke, ohne Kücksicht

auf die Leistung gleiche Löhne auszurichten, ist also preisgegeben worden und an seiner Stelle steht nun der Wille, mehr und bessere Arbeit auch besser zu entslöhnen. Gewiß ist diese Wandlung nicht freiwillig vor sich gegangen, sondern hat sich nur durch die Ersahrungen als notwendig erwiesen, und man wird auch nicht gleich glauben dürsen, daß das neue — man möchte sast sagen: kapitalistische — Prinzip der Entlöhnung sich nun sosort durchsehe, aber schon der Umstand, daß dieses Prinzip im Versassungsentwurf genannt wird, scheint uns ein Beweis dafür zu sein, daß sich auch Sowietrußland ganz allmählich zu natürlicheren Prinzipien zurücksindet.

* *

Auf der Traktandenliste der am 30. Juni nächsthin zusammentretenden Bölkerbundsversammlung steht an erster Stelle die Stellungnahme des Bölkerbundes zum Konflikt zwischen Italien und Abessinien. Wie man diesen Konflikt liquidieren will, ist im Einzelnen noch nicht klar, aber das weiß man doch sicher: Man wird ihn auf dem Wege des geringste Widerstandes liquidieren, und es wird eine fehr den Realitäten angepaßte Liquidation werden. Die Realitäten sind aber erstens ein siegestrunkenes, fraftig aufgeruftetes und tatbereites Stalien, zweitens ein besiegtes und besetztes Abessinien, von bem eigentlich nur noch ber Berricher und fein Berrichaftsanspruch übrig geblieben ift, und drittens ein Bölferbund, der weder Willen noch Rraft hat, seinem eigenen Rechte zum Durchbruch zu verhelfen. Ungesichts dieser Realitäten wird Italien nicht viel zu fürchten haben. Die Santtionen werden bald beseitigt sein. Es hat den Unschein, als ob ihre Aufhebung jest schon sicher sei, wenn auch die Sanktionsgegner unrecht haben mit ihrer Behauptung, die Sanktionen feien nicht mehr gerechtfertigt, benn Urt. 16 bes Bolkerbundsvertrages wolle mit den Sanktionen nur den Rrieg verhindern, nicht aber eine Strafe aussprechen. Bas stellt doch die Annexion und Besetzung eines Landes anderes dar als eine Ariegshandlung, wenn auch äußerlich Ruhe eingetreten sein mag und zwar als eine Rriegshandlung, gegenüber allen heutigen Bolferbundsmitgliedern, die geradezu Sanktionen herausfordert. Ein völkerbundsmäßiger Grund zur Aufhebung der Sanktionen besteht also keinesfalls, besonders wenn man die Kriegshandlung Italiens auch als eine solche gegen alle anderen Mitglieder bes Bolferbundes anfieht. Aber man ift der Sanktionen mude und möchte mit Italien im Frieden leben. So wird ichlieflich von alledem, mas der Bölkerbund unternommen hat, nur noch eine Nichtanerkennung der Angliederung Athiopiens an Italien — und bestenfalls noch eine Pensionierung des Negus resultieren.

Es ware zwar gar nicht so unmöglich, daß doch im letten Momente noch einige Schwierigkeiten entständen bei der Liquidation der italienisch-abeffinschen Angelegenheit. Man darf eben nicht vergessen, daß einzelne Staaten — z. B. Argentinien und die nordischen Staaten — versuchen könnten, das ganze Problem etwas grundfählicher zu betrachten, als es einzelnen Großmächten lieb ift. Es tonnte auch jein, daß ein geschickter Appell bes Regus zu einer neuen Besinnung auf die Tragweite der Aufhebung der Sanktionen führen würde. Und es ist wahricheinlich, daß England vor der Aufhebung der Sanktionen noch gewisse Zusicherungen von Italien zu erhalten municht. Aber man wird jehen, daß alle diese Widerstände kein entscheidendes Gewicht haben. Was England anbelangt, jo wird es sich außerhalb des Bölkerbundes mit Italien auseinanderseten. Dem Appell des Negus wird man wohl Recht geben muffen, aber gleichzeitig feststellen, daß man weder Luft noch Kraft habe, das wichtige Bölkerbundsmitglied Italien noch mehr zu reizen. Auch ben grundsätlichen Vorstellungen einer Reihe von Staaten, welche sich für die kollektive Sicherheit einseten, wird Gehör geschenkt werden, aber sie werden nur bewirken, daß erkannt und erklärt wird, bas bisherige Syftem ber follektiven und gleichmäßigen Sicherheit und die allgemeine Berpflichtung zu Sanktionen sei zu weit gehend und für die Zukunft unhaltbar.

In England und berenden redet man schon eistig von einer Revision der Bölkerbundssatzungen in dem Sinne, daß der Bölkerbund seinen Mitgliedern nicht mehr Verpslichtungen aufbürden dürse, als ihren eigenen Interessen jeweilen entspreche. Darnach würden also in Zukunft die Sanktionen abgestuft je nach den Interessen des sanktionspflichtigen Staates. So dürste schlußendlich aus der ganzen Affäre Italien-Abessinien nicht eine Festigung, sondern eine erhebliche Schwäschung des Völkerbundes solgen. Damit wird dann aber auch der bisherige Ansschein der kollektiven Sicherheit verschwinden. Der Negus hat richtig gesehen, als er sagte, er verteidige den letzten Rest der kollektiven Sicherheit. Dieser letzte Rest der kollektiven Sicherheit bestand leider schon damals nur noch in — ihrem Namen.

Als Hitler bei seiner Rebe zur Rechtsertigung der Remilitarisierung des Rheinlandes diesen Frühling erklärte, man könne nie wissen, ob nicht Frankreich bald unter kommunistische Herrschaft gerate, hat wohl Mancher den Kopf geschüttelt ob einer solchen Prognose. Heute ist aber bereits eingetreten, was Hitler ahnte. Die Linksparteien haben sich mit den Radikalen zu einer Bolksfront vereinigt; ein sozialistisches Kabinett unter der Führung des jüdischen Bolksangehörigen Léon Blum hat sich gebildet und genießt jett mit 384 gegen 210 Stimmen das Bertrauen der Kammer. Unterdessen tobt aber seit bald vierzehn Tagen ein von den Gewerkschaften groß gezogener Streik, dessen Zweck es ist, neben einer Lohnserhöhung von der Regierung allerhand sozialpolitische — lies: sozialistische — Maßnahmen zu erhaschen. Meister sind heute in Frankreich eigenklich die Gewerksschaften, in welchen die Kommunisten das große Wort sühren.

Bon den Gesehen, welche die neue Regierung durchbringen will, sind bessonders wichtig die Gesehe über die Einführung der Vierzigstundenwoche, die Gessamtarbeitsverträge und die bezahlten Ferien. Hierüber besteht bereits eine Einisgung zwischen den Unternehmers und den Arbeiterverbänden. Die Vierzigstundenswoche soll ohne Kürzung des Wochenlohnes Plat greisen, die bezahlten Ferien sollen allen irgendwie in einem Dienstverhältnis stehenden Personen im Umfange von 14 Tagen zu Gute kommen und die Gesamtarbeitsverträge sollen nach seweisiger Einigung unter den Parteien für alle Arbeiter verbindlich sein. In der selben Richtung sozialpolitischer Maßnahmen gehen auch die weiteren angekündigsten Gesehe über die Verstaatlichung der Wassensamtentation, eine Resorm des Statuts der Bank von Frankreich, eine Revision der Spardekrete zu Gunsten der notleidenden Beamtenkategorien, einen Landessonds zur Bekämpfung der Arbeitsslossteit, die Regelung der Schulden der Bauern und eine Art Pensionierung, welche die alten Arbeiter vor dem Elend schützen soll.

Man sieht: die ganze sozialistische Maschinerie ist nun einmal im Gang und wird so gleich nicht wieder stille stehen, zumal wenn die Gemerkschaften mit ihren nunmehr über zweieinhalb Millionen Mitgliedern für Betrieb sorgen. Mit der größten Kaltblütigkeit werden da Gesetze von ungeheurer Tragweite beschlossen, die ganz sicher ein Steigen der Preise und Exportunmöglichkeiten zur Folge haben werden, wie die Opposition treffend dartut. Aber das wäre schließlich noch nicht das Schlimmste, wiewohl das Volk stark darunter zu leiden haben wird. Diel schlimmer dünkt uns zu sein, daß Frankreich gerade durch die Folgen der ersten Maßnahmen immer tieser in die Gewalt und in den Geist des Kommunismus hineingerät. Bald werden deshalb auch noch andere Projekte — wie die Verstaat-lichung der Produktionsmittel und die Umgestaltung des Geisteslebens — auftauchen.

Frankreich ist eben für den Kommunismus ein sehr gut vorbereiteter Boben, ja es ist eigentlich der Heimatboden des Kommunismus, welcher in der französischen Revolution seinen Ursprung hat und nun nach seiner Ausbildung im sernen Kuß-land wieder in die heimatlichen Gesilde zurückehrt. Es wird allerdings nicht zu erwarten sein, daß Frankreich eine Bolschewisierung von gleicher Art und Stärke

ersahren wird, wie sie in Rußland zu Stande gekommen ist. Der Franzose hat viel mehr Bildung und Tradition als der Russe. Und während der russische Romsmunismus eigentlich international eingestellt ist, wird es in Frankreich höchstens zu einem nationalen Rommunismus langen, der die Behauptung des eigenen Staats, des eigenen Volkes und der eigenen Kultur in die vorderste Linie stellt.

Das Symbol für den nationalen Kommunismus Frankreichs ist ja auch schon gesunden. Kürzlich haben die Kommunisten bei einer ihrer stark besuchten Siegessfeiern neue Fahnen gezeigt, welche das kommunistische und das nationalstrans zösische Element miteinander verbinden. Diese Fahnen sind natürlich ganz rot. In ihrer Mitte erblickt man Sichel und Hammer, von den Buchstaben R und F (Képublique Française) begleitet, und an der Stange ist noch in kleiner Form die Tricolore angebracht. Eingeweiht wurden sie unter der Parole "Vorwärts für die französische Sowietrepublik!" Man wird sich also auf eine neue Art des Nastionalstaates gesaßt machen müssen.

Bülach, am 17. Juni 1936.

Walter Sildebrandt.

Mehrpolitische Kundschau

Schweizerische Wehrprobleme in französischer Beleuchtung.

Der Ausbau der schweizerischen Wehrkraft steht auf der Tagesordnung. Die friedliche Schweiz muß dem Beispiel ihrer weniger friedlichen Nachbarn folgen und an eine wirksame Ausgestaltung ihrer Landesverteidigung herangehen. Haben uns die Ereignisse der letzten Zeit die Gesahren nicht klar gezeigt, die uns bedrohen können? Sie ergeben sich aus unserer Schlüsselstellung zwischen hochgerüsteten Großmächten. Ein Konflikt kann leicht entstehen — und würde unübersehbare Folgen haben. Im Notsall aber wird unsere Neutralität in der Waage der ausländischen Generalstäbe genau soviel oder sowenig wiegen wie unsere Wassen.

Unter Umständen können also die Ansichten unserer Nachbarn über unsere Berteidigungsmöglichkeiten entscheidende Bedeutung bekommen. Was denkt man nun, in militärischen Kreisen der uns angrenzenden Mächte, über die wehrpoliztische Lage der Schweiz? Diese Kundstage wurde zuerst wichtigen Pariser Perssönlichkeiten gestellt. So versucht der vorliegende Aussachte dazustellen, wie uns die Franzosen militärisch beurteisen. Ihm liegt — das sei betont — keine politische Stellungnahme sür oder gegen diesen oder zenen Nachbarstaat zugrunde. So möge man aus dem Folgenden ersehen, welche große internationale Verantswortung heute auf uns ruht, und welche Friedenssicherung mitten in einem friedslosen Europa eine unbedingt wehrhafte Schweiz darstellt.

* *

Die französische Wehrpolitik steht im Zeichen der "deutschen Gesahr". Sie betrachtet also und bewertet die militärische Lage der Schweiz im Hindlick auf einen möglichen deutschefranzösischen Krieg. Nun gelten die gewaltigen Beseitigungen an der französischen Ostgrenze, die sog. Ligne Maginot, schlechthin als unüberwindbar. Daher rechnen manche Kreise mit der Möglichkeit eines deutschen Einbruchs im Norden oder im Süden dieser Linie. Im Norden liegen bekanntlich Holland und Belgien, das, seinem Gesände und seinen verhältnismäßig beschränkten materiellen und personellen Möglichkeiten entsprechend, eine Art verkleinerte Ligne Maginot errichtet hat. Scheidet nun aus naheliegenden